



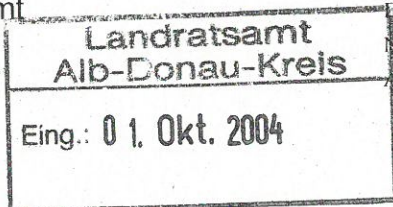
Herr Vollner zur Kenntnis
Herr Nagel 2. b. Lr

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

Landratsamt Alb-Donau-Kreis
Abfallwirtschaftsamt
Postfach 2820

89070 Ulm



Tübingen,
Durchwahl (0 70 71) 7 57-
Name:
Aktenzeichen:

27.09.2004
3507
Herr Fauser
54-3/8983.01-02 UL-L 075-02



Deponie "Roter Hau II" in Ehingen-Stetten

H. Droidt

Schreiben des Regierungspräsidiums Tübingen vom 17.09.2004, Az. w.o.

Schreiben des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 04.06.2004, Az. 22.2/722.117

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezugsschreiben hat der Landkreis Alb-Donau-Kreis Planunterlagen für eine Ergänzung der o.g. Deponie um einen weiteren Ablagerungsbereich dem Regierungspräsidium Tübingen vorgelegt. Dieser Ablagerungsbereich liegt innerhalb der mit Entscheidung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 03.10.1988 zur Ablagerung zugelassenen Deponiegrenzen und soll als Deponieabschnitt der Klasse I nach Deponieverordnung (DepV) errichtet werden. Mit der Umsetzung dieses Vorhaben ist keine Änderung des Deponievolumens verbunden, sondern lediglich eine Erhöhung des „Deponiestandards“ von Deponieklasse 0 auf Deponieklasse I.

Wie mit Bezugsschreiben des Regierungspräsidiums Tübingen bereits mitgeteilt, war vor dem abfallrechtlichen Zulassungsverfahren für dieses Vorhaben nach § 3 c Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.V.m. Nr. 12.2.2 der Anlage 1 zum UVPG eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Im Zuge dieser Einzelfallprüfung hatte die zuständige Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien einzuschätzen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Da mit dem Vorhaben wie o.a. keine Änderung/Erhöhung des zugelassenen Deponievolumens verbunden ist, war die Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls ausreichend.

Anschrift: Regierungspräsidium Tübingen · Konrad-Adenauer-Straße 20 · 72072 Tübingen

Telefonzentrale (0 70 71) 7 57-0

Telefax (0 70 71) 7 57-31 90

Besucherparkplatz

Überweisungen an die Landesoberkasse Baden-Württemberg:
Baden-Württembergische Bank Karlsruhe
(BLZ 660 200 20) Konto-Nr. 4 002 015 800

Sprechzeiten:

Mo.-Do. 09:00 - 11:30 Uhr

14:00 - 15:30 Uhr

Fr. 09:00 - 11:30 Uhr

Telefonische Voranmeldung empfohlen

Das Regierungspräsidium Tübingen teilt hierzu mit:

Nach Prüfung der Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf eventuell betroffene Schutzgüter auf der Grundlage der vorgelegten Unterlagen sowie unter Berücksichtigung

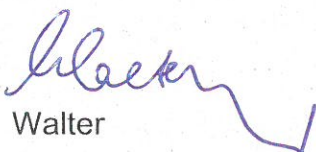
- der Stellungnahme des Staatl. Gewerbeaufsichtsamtes Tübingen
- des in diesem Bereich bislang schon zugelassenen Deponiebetriebs,
- dass nur die bislang schon zugelassenen Abfallarten zur Ablagerung kommen,
- der, dem Stand der Technik entsprechenden, vorgesehenen Abdichtungsmaßnahmen (Verbesserung der geologischen Barriere, Kunststoffdichtungsbahn, mineralische Abdichtungen) an der Deponiebasis und der Deponieoberfläche,
- der durch die Deponieverfüllung mitbezweckten Geländeanpassung zur ehemaligen HMD „Roter Hau I“,
- des voraussichtlichen jährlichen Ablagerungsvolumens,
- des Abstandes zur bestehenden Wohnbebauung und
- der bereits bestehenden Lärm- und Staubemissionen durch die jetzige Deponie

kommt das Regierungspräsidium Tübingen zu der Einschätzung, dass das geplante Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf ein in § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung genanntes Schutzgut haben kann. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher nicht erforderlich.

Da sich das Vorhaben innerhalb der genehmigten Deponiegrenzen befindet und es, wie o.a., keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, ist anstelle eines abfallrechtlichen Zulassungsverfahrens nach § 31 Abs. 2 und Abs. 3 KrW-/AbfG (Planfeststellung, bzw. Plangenehmigung) eine Anzeige nach § 31 Abs. 4 KrW-/AbfG i.V.m. § 15 Abs. 1 und 2 BImSchG genügend. Entspr. den Ausführungen im Bezugsschreiben des Regierungspräsidiums Tübingen kann die formlose Anzeige des Vorhabens des Landkreises Alb-Donau-Kreis vom 04.06.2004 vom Regierungspräsidium Tübingen nun als Anzeige nach § 31 Abs. 4 KrW-/AbfG gewertet werden. Auf die in § 15 Abs. 2 BImSchG genannte Monatsfrist zur Antragsprüfung wurde vom Landkreis im Zuge der Besprechung am 15.09.2004 verzichtet.

Auf der Grundlage der vorgelegten Planung und der Stellungnahme des Staatl. Gewerbeaufsichtsamtes Tübingen hierzu teilt das Regierungspräsidium Tübingen nach § 15 Abs. 2 BImSchG mit, dass die Änderung keiner Genehmigung bedarf und somit mit dem Vorhaben begonnen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen


Walter

nachrichtlich:
GAA Tübingen

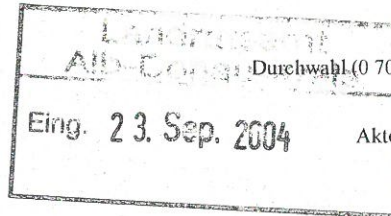


REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen . Postfach 26 66 . 72016 Tübingen

Landratsamt Alb-Donau-Kreis
Abfallwirtschaftsamt
Postfach 2820

89070 Ulm



Tübingen, 17.09.2004

Durchwahl (0 70 71) 7 57- 3507

Name: Herr Fauser

Aktenzeichen: 54-3/8983.01-02 UL-L 075-02

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt
Tübingen

72072 Tübingen

H. Nägele
H. Brandt
2. 4. 04

Deponie "Roter Hau II" in Ehingen-Stetten

Anlage

1 Vermerk

Sehr geehrte Damen und Herren,

beigefügt übersendet das Regierungspräsidium Tübingen einen Aktenvermerk über die Besprechung am 15.09.2004 mit der Bitte um Kenntnisnahme und ggf. weitere Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen

Fauser

Anschrift: Regierungspräsidium Tübingen . Konrad-Adenauer-Straße 20 . 72072 Tübingen

Telefonzentrale (0 70 71) 7 57-0

Telefax (0 70 71) 7 57-31 90



Besucherparkplatz

Überweisungen an die Landesoberkasse Baden-Württemberg:
Baden-Württembergische Bank Karlsruhe
(BLZ 660 200 20) Konto-Nr. 4 002 015 800

Sprechzeiten:

Mo.-Do.

09:00 - 11:30 Uhr

14:00 - 15:30 Uhr

Fr.

09:00 - 11:30 Uhr

Telefonische Voranmeldung empfohlen

Betr.: **Deponie "Roter Hau II" in Ehingen-Stetten**

Vermerk

über eine Besprechung am 15.09.2004 beim Regierungspräsidium Tübingen

Teilnehmer: sh. Teilnehmerliste

Die o.g. Bodenaushub- und Bauschuttdeponie steht unter der Trägerschaft des Landkreises Alb-Donau-Kreis. Es ist beabsichtigt, die Deponie um einen weiteren Ablagerungsbereich zu ergänzen. Zur Erörterung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit der geänderten Deponiekonzeption fand die o.g. Besprechung statt.

Besprechungsergebnis

Der geplante Ablagerungsbereich soll als Deponieabschnitt der Klasse I nach Deponieverordnung (DepV) errichtet werden. Entspr. den vorgelegten Planunterlagen soll die anstehende geologische Barriere so weit verbessert werden, dass sie den Anforderungen der DepV entspricht. Darüberliegend werden eine Kunststoffdichtungsbahn mit Schutzlage sowie die mineralische Entwässerungsschicht nach den Vorgaben der DepV eingebaut.

Der geplante Deponieabschnitt liegt innerhalb der mit Entscheidung des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis vom 03.10.1988 zur Ablagerung zugelassenen Deponiegrenzen. Mit der Umsetzung dieses Vorhaben ist keine Änderung des Deponievolumens verbunden, sondern lediglich eine Erhöhung des „Deponiestandards“ von Deponieklasse 0 auf Deponieklasse I.

Vor dem abfallrechtlichen Zulassungsverfahren ist für dieses Vorhaben nach § 3 c Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.V.m. Nr. 12.2.2 der Anlage 1 zum UVPG eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Im Zuge dieser Einzelfallprüfung hat die zuständige Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien einzuschätzen,

ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Da mit dem Vorhaben wie o.a. keine Änderung/Erhöhung des zugelassenen Deponievolumens verbunden ist, ist die Durchführung einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls ausreichend. Vom Regierungspräsidium Tübingen wurde zugesagt, die Vorprüfung bis spätestens Ende September 2004 abzuschließen.

Sofern die Vorprüfung zum Ergebnis kommt, dass das beantragte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, wäre anstelle eines abfallrechtlichen Zulassungsverfahrens nach § 31 Abs. 2 und Abs. 3 KrW-/AbfG (Planfeststellung, bzw. Plangenehmigung) eine Anzeige nach § 31 Abs. 4 KrW-/AbfG i.V.m. § 15 Abs. 1 und 2 BImSchG genügend, da das Vorhaben sich innerhalb der genehmigten Deponiegrenzen befindet.

Für diesen Fall würde die formlose Anzeige des Vorhabens des Landkreises Alb-Donau-Kreis vom 04.06.2004 vom Regierungspräsidium Tübingen als Anzeige nach § 31 Abs. 4 KrW-/AbfG bewertet werden. Vom Landkreis würde dann auf die in § 15 Abs. 2 BImSchG genannte Monatsfrist zur Antragsprüfung verzichtet werden. Voraussetzung für den Verzicht auf ein abfallrechtliches Zulassungsverfahren nach § 31 Abs. 2 und Abs. 3 KrW-/AbfG ist weiterhin, dass im neuen Deponieabschnitt nur die Abfallarten abgelagert werden, die bislang schon zugelassen waren. Hiermit ist der Landkreis einverstanden, auch für den bestehenden Deponieabschnitt DK I wurde im Zuge der Besprechung der im Rahmen der Anzeige nach § 14 Abs. 1 und 2 DepV gestellte Antrag auf Zulassung weiterer Abfallarten zurückgenommen.



Fauser

Teilnehmerliste

[illegible]